

Freiheitliche Werte zur publizistischen Orientierung

Die Medienwelt ist geprägt von der schleichenden Auflösung publizistischer Werteorientierung. Es braucht in der Schweiz und im deutschsprachigen Raum eine Mediengruppe wie die NZZ, die sich ohne Wenn und Aber zu freiheitlichen Werten bekennt und bereit ist, in diese zu investieren.

Von Konrad Hummler NZZ vom 12. April 2011

Man kann sich fragen, was eine doch ansehnliche Gruppe von Menschen, die mutmasslich auch Sinn für andere Zeitverwendung hätte, alljährlich dazu treibt, an einem freien Samstag im Frühling im Zürcher Kongresshaus zusammenzukommen. Nun, gewiss ist es vorab die Örtlichkeit, zu der etwa festgehalten werden kann, dass sie nicht das Albisgütli ist und die Unterschiedlichkeit der beiden Lokalitäten nicht nur durch die Distanz in Kilometern ausgemacht wird.

Aber dieser Grund allein wäre doch wohl nicht hinreichend für den Verzicht auf einen freien Tag. Nun ja, man sieht auch Freunde und Bekannte und vielleicht auch solche, die man gerne als Freunde und Bekannte hätte. Unterschätzen wir den Wert unserer Veranstaltung als gesellschaftliches Ereignis nicht! Aber auch das ist nicht hinreichend; ein Besuch im Opernhaus oder gegebenenfalls im Letzigrundstadion würde diesen Zweck möglicherweise besser erfüllen. Mir scheint, nicht einmal die rein wirtschaftlich motivierte Entgegennahme der betrieblichen Ergebnisse würde uns in der Funktion als Aktionäre genügend beflügeln, ins Kongresshaus zu pilgern, und seien diese betrieblichen Ergebnisse noch so gut, wie sie das heute erfreulicherweise sind.

Investition in inhaltliche Qualitäten

Was also ist dieses Zusätzliche, Besondere, Entscheidende? Was eint uns? Weshalb sind wir seit Jahr und Tag treue Aktionäre, die eine teure (nunmehr aber ein wenig entlastete) Aktie als Teil ihres Familiensilbers hüten und dann und wann, nicht zu häufig, bitte schön, auf Kursgewinn, Dividende und Rendite verzichten? Die Antwort liegt auf der Hand, ist aber mit Blick auf die Medienwelt keineswegs selbstverständlich: Wir alle sind überzeugt (und deshalb heute und hier anwesend), dass es in unserem Land, dass es im deutschsprachigen Raum eine Mediengruppe braucht, die sich ohne Wenn und Aber zu freiheitlichen Werten bekennt.

Wenn wir nun aber hier sind wegen dieses Zusätzlichen, Besonderen, Entscheidenden, wenn wir deswegen dieses Unikum von Aktie halten, wenn wir deswegen täglich Zeitungen, Fernseh- und Radiosendungen, Webseiten und Blogs produzieren: Worin genau besteht nun dieses Zusätzliche, Besondere, Entscheidende genau? «Freiheitliche Werte» - das ist als Begriff und als Glaubensbekenntnis wohlfeil und leichthin ausgesprochen. Es steht in unseren Statuten - Artikel 1, Absatz 2: «freisinnig-demokratische Grundhaltung» - und auch im Redaktionsstatut - Artikel 1: «Grundgedanken schweizerischen Liberalismus». Ohne immer wieder vorgenommene Konkretisierung droht es allerdings zur leeren Floskel zu verkommen. Auf den heutigen Tag und auf diese Veranstaltung bezogen lautet das Thema folglich: Was erwartet eine Herausgeberschaft (und damit meine ich Sie, verehrte Aktionärinnen und Aktionäre, und damit meine ich auch unseren Verwaltungsrat als Ihre Repräsentanten und mich als dessen Präsidenten), was also erwarten wir von den Redaktionen, von der Unternehmensleitung und von jedem einzelnen Mitarbeiter in Bezug auf die tägliche Konkretisierung von «freiheitlichen Werten»?

Vorab: Wir, das heisst Aktionäre, Verwaltungsrat und Präsident, sind diesbezüglich keine inerte, zahnlose und gegebenenfalls zu vernachlässigende Instanz. Wir haben das Recht, Vorstellungen zu haben und solche zu äussern, gegebenenfalls Differenzen zwischen Vorstellungen und Wirklichkeit festzustellen und anzumahnen. Dies widerspricht in keiner Weise dem zu Recht hochgehaltenen Redaktionsstatut, im Gegenteil. Die Verantwortung für das operative Geschäft ist unteilbar. Sie liegt für das Inhaltliche beim Chefredaktor, bei den Chefredaktionen, den Ressortchefs und den einzelnen Redaktoren. Entweder erfüllen sie unsere Vorstellungen bezüglich Professionalität und Werteorientierung, oder sie tun das eben nicht - mit allen Konsequenzen, die das für eine umfassende, unteilbare Verantwortung hat. Eine Einmischung des Herausgebers in das Tagesgeschäft und in einzelne Artikel darf und wird es deshalb nicht geben.

Was wir aber tun können und meines Erachtens auch müssen: gegenüber der Redaktion das wichtigste Gesprächsorgan, das «sounding board» sozusagen, für die inhaltliche Leistung unserer Unternehmung zu spielen. Die Redaktionen müssen Gewissheit haben, im Verwaltungsrat eine valable Gegenpartei für strategische Anliegen, was das Publizistische betrifft, vorzufinden. Wenn es uns wirklich gelingen soll, inmitten des Meers von Gratisinformationen eine erfolgreiche Insel von hochqualifizierten, aber so weit als möglich auch kostenpflichtigen Inhalten zu bewirtschaften, dann wird für den Aufbau bzw. den weiteren Ausbau eines solchen Programms Kapital notwendig sein. Wir werden viel investieren müssen; die diesbezüglichen Entscheide obliegen dem Verwaltungsrat.

«Freiheitliche Werteorientierung», sagte ich, sei unsere Missio, unsere Raison d'être, der Grund für unsere Anwesenheit. Was bedeutet das aber in Bezug auf konkrete Anliegen, welche der Herausgeber an seine Redaktionen heranträgt? Parteimitgliedschaft, bekennende Leitartikel oder übermässige Protektion freisinniger Magistraten stehen für mich nicht im Vordergrund. Vielmehr geht es doch darum, in der Machtfrage - um Macht und nicht viel anderes geht es bei fast allen Medien - auf der richtigen Seite zu stehen. Freiheit bedeutet nicht das Einnehmen einer spezifischen Machtposition - etwa des bürgerlichen Mittelstandes - , sondern das Eintreten für die Abwesenheit von Macht. Freiheit herrscht dann, wenn Individuen oder Gruppen von Individuen sich auf freiwilliger Basis austauschen. Eine freiheitliche Rechtsordnung liegt dort vor, wo solche auf freiwilliger und spontaner Basis zustande gekommenen Übereinkünfte durchgesetzt werden können. Das ist unsere idealtypische Welt. Abwesenheit von Macht hinwiederum heisst, dass aller Anmassung von Macht mit reflexartiger Skepsis zu begegnen ist. Das ist es, was wir von unseren Redaktionen verlangen dürfen bzw. müssen: grundsätzliche Skepsis gegenüber allen versuchten oder tatsächlichen Äusserungen von Macht.

Wir müssen in ihrem Interesse die Welt so darstellen, wie sie ist, und nicht so, wie jemand sie gerne hätte. Der grassierenden Schönrederei, die auch dann nicht innehält, wenn Atommeiler schmelzen und das Bankgeheimnis ausgehöhlt wird und ein halber Kontinent pleite ist, diesem inhärenten Euphemismus ist entschlossen entgegenzutreten. Seit in den Amtsstuben PR-Verantwortliche mitreden und mitregieren, muss der lesende Bürger geschützt werden. Zu Zeiten der DDR gab es ein Propagandaministerium, heute gibt es kein Ministerium mehr, dessen Hauptaugenmerk nicht in der Propaganda liegt. Der Medienproduktion mit freiheitlicher Werteorientierung kommt hier eine wesentliche Korrekturfunktion zu - die Weiterverbreitung geschöner Halbwahrheiten genügt nicht! Sobald der Journalismus die Machtaffinität des Mainstreams abstreift, wird er interessanter, er wird unverzichtbar für das Publikum.

Nun, das ist zugegebenermassen schneller und einfacher gesagt als getan. Denn der Alltag ist oft grau, und die Konturen sind verwischt. In vielen Fällen ist auch nach eingehendem Studium nicht wirklich klar, was nun eigentlich der freiheitlichen Werteorientierung zuzuordnen wäre. Oft besteht die Wahl ja nicht zwischen einer zweit- und einer drittbesten Lösung, sondern zwischen schlechten und noch schlechteren Vorschlägen, die nicht einmal den Anspruch erfüllen, Lösungen zu sein. In diesem diffusen Licht bringen hehre Bekenntnisse zu Freiheit, Individualrechten und Eigentum oft wenig. Zielführender ist wohl, mit der notwendigen intellektuellen Redlichkeit den Zweifelsfall als solchen anzuerkennen und das zweifelnde Abwägen von Haltungen und Antworten zuzulassen. Freiheitliche Werteorientierung verschliesst sich ja vom Grundsatz her ohnehin der Verabsolutierung. In der Nichtanmassung, endgültige Wahrheiten zu besitzen, in dieser Bescheidenheit liegt ihr sozusagen metaphysisch begründeter Reiz.

Zehn Regeln im journalistischen Alltag

Im Grenzbereich der schwierigen Entscheidungssituation gibt es dann aber, meine ich, doch ein paar denkbare Regeln, deren Einhaltung oder Nichteinhaltung auf die Werteorientierung schliessen lässt. Möglicherweise helfen die Regeln aber, den journalistischen und unternehmerischen Alltag besser zu bewältigen.

1. «Im Zweifel für das Individuum und gegen das Kollektiv.» Es geht darum, das Kollektiv nicht als übergeordneten Selbstzweck zu sehen, sondern als ein dem Individuum dienendes gesellschaftliches Instrument. Der vielen Institutionen innewohnenden Eigendynamik der Selbstrechtfertigung gilt es das kühle «Cui bono?» entgegenzuhalten. Ob G-20 oder Konkordat kantonaler Finanzdirektoren - wir dürfen dem Faszinosum der Zusammenrottung wichtiger Leute nicht erliegen. Und wir dürfen den öffentlichen Verkehr gegenüber dem individuellen nicht per se als moralisch überlegen behandeln, sondern höchstens unter dem Aspekt messbarer Externalitäten als weniger bedenklich.
2. «Im Zweifel für den gesunden Menschenverstand und gegen sogenannte Experten.» Expertenwissen, so sehr wir in komplexen Zusammenhängen darauf angewiesen sind, ist nur selten nicht verknüpft mit irgendwelchen handfesten Interessen. Das Resultat sind sowohl Verharmlosungen als auch Dramatisierungen von Sachverhalten. Restrisiken in der Nukleartechnologie und Szenarien der Klimaerwärmung misst man deshalb am besten an der eigenen Urteilskraft bezüglich dessen, «was sein kann und was kaum sein kann».
3. «Im Zweifel für das Experimentieren und gegen den Machbarkeitsglauben.» Wir neigen gerne zur Ansicht, Sollzustände seien durch Dekretierung herbeizuzaubern. Friedrich August von Hayek warnt eindringlich vor solchen Machbarkeitsillusionen. Dem Trial and Error - dem Erfolgsrezept der Evolution - ist Platz einzuräumen. Das heisst aber auch, dass der Fehler, dass der Misserfolg gesellschaftsfähig sein muss.
4. «Im Zweifel für dezentrale Lösungen und gegen den Glauben an die übergeordnete Organisation.» Dezentrale Problemlösung basiert auf der unkoordinierten Vielheit von Intelligenz. Zentralismus unterstellt koordinierte Megaintelligenz. Die Annahme, dass es sie gibt und dass die Koordination funktioniert, ist wagemutig bis falsch.
5. «Im Zweifelsfall für weniger Steuern und gegen neue Zwangsabgaben ohne Elimination bestehender.» Eines der wenigen Rezepte, die zur Kontrolle des Budgets - und mithin gegen Wucherungen staatlicher Machtwahrnehmung - wirklich helfen, ist «Cut taxes!». Ausser in echten Notlagen wie Kriegen oder Katastrophen ist der Grundsatz immer richtig.

6. «Im Zweifel für generelle Richtlinien und gegen spezifische Einzelanordnungen.» Gerade für Medien ist die Einzelanordnung hochattraktiv, weil sie sich aus der Story ergibt, als deren Fortsetzung sozusagen. «Kind von Hund gebissen - Hundehalterprüfungen sind anzuordnen!» So wird systematisch der Freiraum der 999 korrekten Hundehalter eingeschränkt. Dabei hätte man schlicht den einen fahrlässigen Hundehalter mit generalpräventiver Wirkung hinter Schloss und Riegel bringen müssen.

7. «Im Zweifel für weniger Regulierung und gegen neue Gesetze ohne Aufhebung bestehender.» Wir müssen dringend Wege finden, wie wir uns gegen das immer enger werdende Geflecht von immer neuen, teilweise redundanten, teilweise widersprüchlichen Bestimmungen zur Organisation unserer Gesellschaft wehren. Die Konkurrenzfähigkeit westlicher Industrienationen gegenüber weniger rigiden Ländern der Welt droht unter der regulatorischen Verkrustung zu leiden. Es könnte eine Funktion von freiheitlichen Werten verpflichteten Medien sein, in diesem Bereich eine Kontrollfunktion auszuüben. Nur schon die insistente Frage, ob und wo im Fall einer Neuregulierung eine Entlastung bestehender Gesetze und Verordnungen folge, wäre hilfreich.

8. «Im Zweifel für das Vertrauen in Märkte und gegen obrigkeitliche Eingriffe infolge angeblichen Marktversagens.» Dass Marktversagen oft, Staatsversagen sozusagen nie angeprangert wird, ist eine ärgerliche Binsenwahrheit. Darüber hinausgehend bin ich aufgrund langjähriger Beobachtungen der Überzeugung, dass hinter den meisten Übertreibungen, Blasenbildungen und Unterlassungen am Markt verzerrende Mechanismen und Instanzen staatlicher Provenienz stehen. So ganz typisch im Fall des Too-big-to-fail-Problems, in dessen Hintergrund die unselige implizite Staatsgarantie für sämtliche, das heisst auch die nicht systemrelevanten Teile von grossen Bankkonglomeraten steht. Mit zusätzlicher Regulierung wie Basel III bekämpft man ein Marktversagen (nämlich zu wenig Eigenmittel), das eigentlich einem nachhaltigen und folgenreichen Staatsversagen entspringt.

9. «Im Zweifel für die Familie und gegen staatliche Ersatzmütter und -väter.» Dabei geht es mir nicht um die Übernahme eines Anliegens der CVP und auch nicht um die Propagierung der klassischen Rollenverteilung in der Familie. Vielmehr glaube ich, dass wir als ultimative Auffanginstanz für individuelle Probleme besser nicht den Staat einsetzen. Das individuelle Fallieren wird sonst zu einfach gemacht, die Sozialkontrolle definitiv unterhöhlt. Eine Staatsgarantie für jeden und jede ist ein tautologisches Konstrukt, das seinerseits fallieren muss.

10. «Im Zweifel für konsequente Verantwortlichkeit und gegen Rettungsschirme aller Art.» Auf die Too-big-to-fail-Problematik ist nicht mehr zurückzukommen. Die Leichtfertigkeit, welche hinter der völlig haltlosen Annahme steht, eine ultimative Instanz werde einmal alle Entitlements honorieren, welche uns über sozialstaatliche Einrichtungen laufend versprochen werden, stellt wohl die schlimmste aller denkbaren Illusionen dar, welche unseren westlichen Gesellschaften zugrunde liegen.

Ich bin überzeugt, dass Inhalte mit einer freiheitlichen Werteorientierung auch künftig ein Publikum finden, ja dass gerade in einer solch skeptisch-optimistischen Grundhaltung zu einer Zeit des undifferenzierten medialen Einheitsbreis die grosse Chance für unsere Gruppe liegt. Die NZZ steht betrieblich gut da.

Wir verfügen über eine solide Kapitalbasis, um investieren zu können. Wir müssen für die vielen Mitglieder der Bürgergesellschaft dies- und jenseits der Grenze, denen Selbständigkeit, Selbstbestimmung, Selbstverantwortung noch etwas bedeutet, zum intellektuellen Leuchtturm und zur Quelle täglicher Inspiration werden. Die Ausgangslage ist gut - nun müssen wir es einfach noch tun!

Konrad Hummler ist Präsident des Verwaltungsrates der AG für die Neue Zürcher Zeitung. Beim vorliegenden Text handelt es sich um die bearbeitete Fassung der Rede, die er anlässlich seiner Wahl am 9. April 2011 vor Aktionariat, Gästen und Mitarbeitern der NZZ-Mediengruppe im Zürcher Kongresshaus gehalten hat.